



Initiative wartet auf Stellungnahme

RODIGALLEE Behörde hat noch nicht reagiert

JENFELD/MARIENTHAL Vor zwei Monaten hat eine Anwaltskanzlei für die Bürgerinitiative „Rettet die Rodigallee“ eine umfangreiche Einwendung an die Hamburger Verkehrsbehörde geschickt. Eine inhaltliche Stellungnahme gebe es bis heute nicht, kritisieren die Aktivistinnen und Aktivisten.

RAINER GLITZ

In der Einwendung wird der Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer aufgefordert, die förmliche Straßenplanung ergebnislos abzubrechen und auf eine Umgestaltung der Rodigallee zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten. In der Anwaltskanzlei liege nur ein Schrei-

ben der Rechtsabteilung des LSBG vor, teilte die Initiative mit. Dort werde die Kenntnisnahme bestätigt und auf die Weiterleitung an die zuständige Stelle verwiesen. Es bestehe kein Anspruch auf Abbruch der Planung, der Bitte könne nicht nachgekommen werden. Unterdessen hat der Wandsbeker CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Ralf Niedmers durch eine Kleine Anfrage vom Senat erfahren, dass die sogenannte Schlussverschickung Anfang Juni erfolgen soll.

Nach einer Überarbeitung ist die Planung für die Rodigallee damit abgeschlossen. Danach soll die Ausschreibung der Bauleistungen folgen, Ende 2023 sollen die Aufträge erteilt werden, heißt es in der Antwort weiter. Klimaschutz

und weniger Ausstoß an Kohlendioxid seien wichtig, die Menschen müssten aber mitgenommen werden, forderte erneut Frank Hiemer, Sprecher der Bürgerinitiative: „Eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist durchaus anzustreben. Eine Abschaffung der PKW, unter anderem, weil es keine Stellplätze mehr im öffentlichen Raum gibt, ist aber gesellschaftlich keine hinnehmbare Lösung.“ Die Initiative aus Jenfeld und Marienthal versucht derzeit einen Zusammenschluss des Bürgerprotestes gegen Verkehrsprojekte in Wandsbek. Mit der Initiative Am Neumarkt/Eichtalquartier und der Siedlergemeinschaft Karlshöhe und anderen ist demnächst ein Treffen geplant.